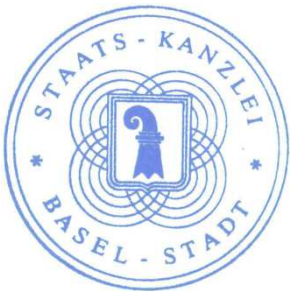
Regierungsratsbeschluss vom 20. November 2018

Staatsbeitragsvertrag mit der Stiftung Sucht für die Jahre 2016 bis 2019 – Genehmigung einer Zusatzvereinbarung betreffend die Werkstatt Jobshop für das Jahr 2019 sowie Ausgabenbewilligung **P181576**

1. Der Regierungsrat genehmigt die Zusatzvereinbarung zum Vertrag betreffend Ausrichtung einer Finanzhilfe in Form eines Betriebsbeitrages an die Stiftung Sucht für die Jahre 2016 bis 2019 zwischen dem Kanton Basel-Stadt, vertreten durch das Gesundheitsdepartment, und der Stiftung Sucht vom 26. Juni/29. Juli 2015.
2. Der Regierungsrat bewilligt Ausgaben von Fr. 60‘000 für die Erhöhung des Staatsbeitrags in Form einer Finanzhilfe an die Stiftung Sucht für die Werkstatt Jobshop für das Jahr 2019.

Begründung
Die Angebots- und Bedarfsanalyse im Suchtbereich im Kanton Basel-Stadt, welche vom Gesundheitsdepartement im Jahr 2017 durchgeführt wurde, hatte gezeigt, dass ein Bedarf an zusätzlichen niederschwelligen Arbeits- und Beschäftigungsmöglichkeiten besteht. Die daraus abgeleitete Massnahme umfasst den Ausbau von niederschwelligen Beschäftigungsplätzen in der Werkstatt Jobshop der Stiftung Sucht um sieben Plätze von heute 20 – 25 auf 27 – 32 ab dem Jahr 2019. Vor diesem Hintergrund hat der Regierungsrat eine entsprechende Zusatzvereinbarung mit der Stiftung Sucht zum bestehenden Staatsbeitragsvertrag für das Jahr 2019 genehmigt und die entsprechenden Ausgaben bewilligt.